

Betriebliche und gewerkschaftliche Basisbewegungen 1989/90 in der DDR

Renate Hürtgen

Die Geschichte der betrieblichen und gewerkschaftlichen Basisbewegungen in der DDR vom Herbst 1989 und während des Aufbaus von Interessenvertretungsstrukturen nach westdeutschem Vorbild in den 1990er-Jahren ist noch nicht geschrieben. Trotz der Tatsache, dass der Parteienstaat DDR ohne den Aufbruch der Belegschaften in den Betrieben der DDR nicht hätte gestürzt werden können, sind die Vorgänge dort noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil der zeithistorischen Forschung. Bezeichnungen wie »Feierabendrevolution« für den Herbst 1989 verhindern, die Ereignisse in ihrer ganzen Dynamik und Wechselwirkung von betrieblichem Aufbruch und Straßendemonstrationen zu begreifen. Diese Ignoranz betrifft einerseits die Vorgänge innerhalb des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der gewerkschaftlichen Transformation, andererseits jedoch vor allem jene Bewegung, die von Beschäftigten in den Betrieben der DDR und ehrenamtlichen Basisgewerkschafter/innen im Herbst 1989 getragen wurde.

Einige Tausend Aktive waren es, die den revolutionären Zeitgeist mit Protestschreiben und -kundgebungen, der Einberufung von Belegschaftsversammlungen und der Forderung nach Absetzung der Betriebsleitung oder Neuwahl der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL)¹ in die Betriebe trugen. Sie schlossen sich in den verschiedensten Initiativen zusammen

1 | Mit der Auflösung der unabhängigen Betriebsräte ab Ende 1948 wurde die BGL als unterste Organisationseinheit des FDGB das einzige Vertretungsorgan auf Betriebsebene. Eingebettet in die zentralistische Hierarchie des FDGB stellte sie keine unabhängige Interessenvertretung der Belegschaften dar.

und schufen so eine Gegenöffentlichkeit zu den im Betrieb herrschenden Machtstrukturen von Partei, Betriebsleitung und Gewerkschaft.

Von dieser breiten Bewegung handelt der vorliegende Beitrag. Er will den Blick für die betrieblichen Basisbewegungen schärfen, deren Charakter, Stärken und Schwächen beschreiben und einen Ausblick auf die 1990er-Jahre geben, als sich im Osten ein wohl einmaliger Widerstand gegen die Politik der Treuhandanstalt² zeigte. Eine umfassende historische Einordnung kann dieser Text nicht leisten, vielleicht aber das Interesse an der Geschichte dieser immer noch weitgehend unbekanntem Seite der DDR-Revolution wecken.

1. Die Gewerkschaften der DDR im Herbst 1989

Wie für jeden politischen Akteur gilt auch für die Gewerkschaften, dass sich ihre Rolle in den politischen und sozialen Bewegungen vom Herbst 1989 ganz wesentlich aus der gesellschaftlichen Funktion erklären lässt, die sie bis dahin gespielt hatten. Der FDGB wurde 1946 mit großen Erwartungen seiner Mitglieder an eine Interessenvertretung gegründet, die von ihrem Selbstverständnis her in der Tradition einer kämpferischen Arbeiterbewegung stand, sich aber schnell zu einer Organisation wandelte, die sich dem Parteauftrag der Planerfüllung verpflichtet sah und nicht dem gewerkschaftlichen Kampf um die Interessendurchsetzung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Tarifverhandlungen kannten die DDR-Gewerkschaften nicht. Ohnehin lässt sich angesichts der Tatsache, dass alle staatlichen Leiter und Parteifunktionäre bis hin zu Erich Honecker Mitglied im FDGB waren, kaum mehr von einer Gewerkschaft sprechen, fehlte ihr doch damit die »Gegnerfreiheit«.

In den aktuellen Diskussionen zur Rolle der Gewerkschaften in der Transformationsphase 1989/90 wird meist übersehen, dass der FDGB im DDR-Betrieb Teil des herrschenden Dreigestirns der Macht von Partei, staatlicher Leitung und BGL gewesen ist. Die Eigenständigkeit der BGL und deren Durchsetzungskraft gegenüber der SED waren dabei äußerst gering. Auf betrieblichen Gewerkschaftsversammlungen wie denen zu Plandiskussionen

2 | Zur Treuhandanstalt vgl. in diesem Band die Beiträge von Marcus Böick (S. 109 ff.) und Roland Issen (S. 131 ff.).

bestimmten der Parteisekretär und die Betriebsleitung die Diskussion, die Reden der Gewerkschaftsfunktionäre waren von ihnen vorab genehmigt worden. Die Kaderauswahl in der Betriebsgewerkschaftsleitung wurde von der SED vorgenommen, und alle wichtigen Leitungsfunktionen, auch die der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation, waren mit SED-Mitgliedern besetzt. Damit waren Gewerkschaftsfunktionäre wie jeder andere Parteifunktionär der Parteidisziplin und den Weisungen der Partei unterworfen und hätten keine eigenständige Gewerkschaftspolitik betreiben können, selbst wenn sie gewollt hätten.

Zur Beschreibung des Verhältnisses der Mitglieder zur Gewerkschaft gehört auch, dass die Kreis- und Bezirksleitungen des FDGB, aber auch die Vorstände der Einzelgewerkschaften, so gut wie gar nicht wahrgenommen wurden. Wer kannte schon – um ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung zu nennen – den Vorsitzenden der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, wo doch die meisten nicht einmal den Namen ihres BGLers hätten nennen können? Neben der Anonymität infolge der Bildung riesiger Kombinate³ war es vor allem die Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften, die das Desinteresse ihrer Mitglieder hervorrief. Nicht einmal als soziale Dienstleister waren die Vorstände der Einzelgewerkschaften und territorialen Gliederungen des FDGB, von denen in Abständen Kampagnen zu politischen Aktionen ausgingen, geeignet. Ohnehin war man Mitglied im FDGB und zahlte seine Beiträge an den Bundesvorstand, für den die Einzelgewerkschaften letztlich nur Filialen waren.⁴

Dass der FDGB Teil der herrschenden Partei- und Staatsführung war, bestätigte sich in besonderer Weise im Sommer und Herbst 1989. Als sich die Lage in der DDR angesichts der Tausenden von Flüchtlingen zuspitzte, bekräftigte der FDGB noch einmal seine Parteitreu und wiederholte

3 | Im Zuge des Konzentrationsprozesses der DDR-Wirtschaft wurden bis Ende der 1970er-Jahre die Volkseigenen Betriebe (VEB) mit jeweils gleichen Erzeugnissen, Fertigungsprozessen bzw. zu verarbeitenden Rohstoffen in Kombinate zusammengefasst.

4 | Der FDGB war nicht nur territorial-betrieblich (Bezirk, Kreis, Betrieb), sondern auch in Gewerkschaften und Industriegewerkschaften untergliedert (z. B. Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst; IG Metall). Diese Gewerkschaften waren jedoch, anders als die Mitgliedsgewerkschaften des DGB, nicht autonom und besaßen keine Finanzhoheit.

wortreich die aus dem Politbüro verlautete Beschimpfung der flüchtenden DDR-Bürger.⁵ Ohnehin waren die damaligen Vorgänge im FDGB-Apparat denen im Staats- und Parteiapparat zum Verwechseln ähnlich.⁶ Hier wie dort überschlugen sich die Funktionäre in gegenseitiger Schuldzuweisung; die unteren Funktionärebene bekamen von der in Auflösung begriffenen Zentrale keine Order mehr und fühlten sich in dieser schwierigen Situation im Stich gelassen. Die Funktionäre der Parteien und Organisationen sowie die staatlichen Angestellten fielen entweder in eine Art »Schreckstarre« oder arbeiteten ungerührt weiter, als wäre nichts geschehen. Funktionäre aus der zweiten Reihe starteten den Versuch, sich mit neuem Personal auf die veränderten Bedingungen einzustellen.

Mit einiger Verzögerung setzte dieser Prozess auch im FDGB ein: Anfang November nahm der Bundesvorstand auf seiner zehnten Tagung das Rücktrittsangebot seines Vorsitzenden Harry Tisch an, die bisherige Vorsitzende des FDGB Berlin, Annelies Kimmel, wurde zur Nachfolgerin gewählt. Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress wurde einberufen. Der Bundesvorstand hatte zwar eine neue Vorsitzende, doch das Arbeitssekretariat bestand weiterhin aus den alten Sekretären. Privilegien- und Korruptionsvorwürfe wurden laut. Am 2. Dezember 1989 wurde Harry Tisch in Untersuchungshaft genommen. Am 9. Dezember 1989 trat der gesamte Bundesvorstand des FDGB zurück. Ein Vorbereitungskomitee, dem verschiedene Vorsitzende von Einzelgewerkschaften angehörten, war für die inhaltliche Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses am 31. Januar/1. Februar 1990 verantwortlich. Der Vorsitz dieser Vorbereitungsgruppe wurde Werner Peplowski übertragen, dem Vorsitzenden der IG Druck und Papier der DDR, der zusammen mit anderen Vorsitzenden und BGLern den Rücktritt des Bundesvorstandes bewirkt hatte. Rückblickend räumt Peplowski ein, dass nichts passiert wäre, wenn nicht die Basis – damit ist hier die hauptamtliche Funktionärsbasis in den Betrieben gemeint – Druck ausgeübt hätte (Hertle 1990a: 10).⁷

5 | Sie hätten sich »selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen« (*Tribüne* vom 2.10.1989).

6 | Zu den Vorgängen 1989 im Partei- und Staatsapparat auf lokaler Ebene vgl. Hürtgen 2014: 296–308.

7 | Zur Chronologie der Ereignisse siehe Hertle 1990c und Fichter/Lutz 1991.

In der Tat waren es betriebliche Funktionäre, Lehrer und Studenten der Gewerkschaftsschule in Bernau sowie gewerkschaftseigene Verlage, die mit ihren Forderungen die Auflösung des Bundesvorstandes forcierten. Allerdings war dies keine innergewerkschaftliche Reformbewegung; Peplowski resümiert: »Und das ist eigentlich das Kritische, was man aus heutiger Sicht sagen muss: Die Gewerkschaft als solche hat in der Verharrung gelegen. Sie war durch die politischen und ökonomischen Ereignisse so in den Zentralismus eingebunden, dass von den Funktionären nicht die Aktivität gekommen ist und von der Basis auch nicht die Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsebene gefordert wurde« (Hertle1990a: 10 f.).

An diesem Kampf gegen die alte Garde des Bundesvorstandes, gegen die Kreis- und Bezirksvorstände, aber auch gegen die Reaktionäre in den Vorständen der Einzelgewerkschaften war eine kleine Gruppe von BGLern namentlich aus Berliner Großbetrieben maßgeblich beteiligt. Eine ihrer wichtigsten Funktionen sah sie darin, den FDGB zu entmachten, die Rolle der Einzelgewerkschaften zu stärken und deren Eigenständigkeit herzustellen. Auf dem Ende Januar stattfindenden Gewerkschaftskongress sollte dieser Machtkampf um die Stellung der Einzelgewerkschaften den Verlauf der Veranstaltung bestimmen (Hertle 1990b).

Für ihre Rücktrittsforderungen und einen radikalen Kurs der Erneuerung der Gewerkschaften, wie sie es selbst nannte, sah sich diese Gruppe durch die Basis legitimiert. Anders als die Funktionäre im FDGB und in den meisten Vorständen – die nicht begriffen hätten, »dass längst ein Prozess in Gang gekommen war, der nicht mehr aufzuhalten war« (Hertle 1990b: 1) – habe sie gewusst, was im Betrieb los war und wie die Mitglieder dachten. Dies betont Peter Pischner, stellvertretender BGL-Vorsitzender im Kabelwerk Oberspree (KWO), dem Stammbetrieb eines Kombinats mit über 16.000 Beschäftigten, in einem späteren Interview nachdrücklich. Er hatte in seinem Betrieb erfahren, wie die BGL auf Druck der Belegschaft geschlossen zurückgetreten war und später Neuwahlen stattgefunden hatten. Er und die anderen BGLer in der kleinen Erneuerergruppe hatten Belegschaftsversammlungen mit wütenden Kolleginnen und Kollegen erlebt, kannten die Massenausritte aus dem FDGB, sahen sich Misstrauensvoten und Rücktrittsforderungen ausgesetzt. Bereits im September hatten sich ganze Gewerkschaftsgruppen mit offenen Briefen an Harry Tisch gewandt, in denen sie den Vorsitzenden des FDGB zum Realismus in der Einschätzung der politischen Situation aufforderten; andere teilten ihm mit, dass

sie nunmehr geschlossen aus dem FDGB austreten würden. Bis zum Dezember 1989 waren einige Hunderttausend solchen Beispielen gefolgt.

Zu einer Erneuerung des FDGB sollte es nicht kommen. Peter Pischner hatte sich mit seinen Vorschlägen an die Vorstände gewandt. »Aber da waren nur Schweigen und Sprachlosigkeit; die kamen mit den Ereignissen nicht zu Recht. Sie konnten sie gar nicht verstehen, weil sie in den vergangenen Jahren den Kontakt zur Gewerkschaftsbasis vollkommen verloren hatten« (Hertle1990b: 2). Die anderen Erneuerungswilligen hatten dieselben Erfahrungen gemacht.⁸

Nicht nur aus Sicht der Reformer scheiterte der außerordentliche Gewerkschaftskongress Ende Januar 1990; danach war der FDGB mit seiner eigenen Auflösung beschäftigt. Ohnehin schienen die Weichen nun gestellt: DGB und Einzelgewerkschaften begannen, die »Gewerkschaftseinheit« zwischen Ost und West herzustellen (siehe Kapitel 6 dieses Beitrags).

2. Die Rolle von Betrieben in der demokratischen Revolution

Getrennt und weitgehend unbeachtet neben den Vorgängen rund um den Sturz des FDGB-Bundesvorstandes, die Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses und den Kampf der Einzelgewerkschaften um ihre Eigenständigkeit gegenüber dem FDGB fand im Herbst 1989 in den Betrieben der DDR ein Prozess der »betrieblichen Wende« statt. Die demokratische Revolution in der DDR war ihrem Charakter nach kein Arbeiteraufstand; 1989 war eben nicht 1953, wie der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke befürchtet hatte. Die abhängig Beschäftigten gingen als Bürgerinnen und Bürger auf die Straße, wo sie mit ihren Protestaktionen die alte Herrschaft zum Rücktritt zwangen. Allein in der Woche vor dem Mauerfall zählte die Staatssicherheit rund 1,3 Millionen Protestierenden (Gehrke/Hürtgen 2012: 249).

8 | Eine Lehrerin der Gewerkschaftshochschule in Bernau, Mitautorin des Diskussionspapiers »Wie könnte eine Wende in der Gewerkschaftsarbeit aussehen?«, resümiert resigniert: »In der Wendezeit hat die Gewerkschaft überhaupt keine Rolle gespielt, die hat weder für die politische Entwicklung eine Rolle gespielt noch als Vorreiter für eine eigene Reform, noch hat sie die Leute unterwiesen, wie man es hätte machen können.« (Interview der Autorin mit Frau Z. am 9.9.1994)

Doch wenn diese Proteste nicht in die Betriebe getragen worden wären, hätte die Demokratiebewegung den Sturz der diktatorischen Machtverhältnisse nie erreicht. Der Betrieb war in der DDR nicht nur das ökonomisch-soziale Lebensumfeld für Millionen Beschäftigte, sondern auch entscheidender Erfahrungsort jener Herrschaftsverhältnisse, die sie nun nicht mehr ertragen wollten. Die Erinnerung an die Demokratiebewegung von 1989 als Straßenprotest und das Bild vom oppositionellen Künstler und vom Pfarrer als den prägenden Gestalten der Revolution haben den Blick auf den Betrieb als relevanten Ort für den Sturz der alten Machtverhältnisse und auf die Belegschaften als wichtigen Akteur verstellt. Richtet man seinen Blick einmal weg von den medialen Highlights und hin zu den betrieblichen Akteuren, wird deren besondere Rolle erkennbar.

Mit einiger Verzögerung, nachdem die ersten Erfolge der Massenproteste sichtbar wurden, setzte im November 1989 eine regelrechte Protestwelle in den Betrieben ein. Inzwischen waren die politischen Machtzentren, nicht zuletzt durch den Mauerfall am 9. November, mehr als geschwächt; doch die alten Institutionen der Partei und des Staatsapparates bestanden weiterhin. Auch die Machtstrukturen im Betrieb waren unverändert; die SED, die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), der Sicherheitsapparat und die paramilitärische Einheit der Kampfgruppen⁹ organisierten sich immer noch in den Betrieben. Die Kombinatdirektoren schienen fest im Sattel zu sitzen. Auf den Demonstrationen wurde »SED ade!« skandiert und gefordert: »SED, gib deine Führung ab, sonst werden hier die Leute knapp!« sowie »Stasi in die Produktion!« (Lindner 2011: 79, 87). Aber wie kamen diese Forderungen in die Betriebe?

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass oppositionelles Verhalten in DDR-Betrieben unter anderen Voraussetzungen stattfand als auf den Straßendemos. Ewald S., einer derjenigen, die im Geräte- und Reglerwerk Teltow bereits im Oktober 1989 einen Aufruf zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft »Reform« (Gehrke/Hürtgen 2001: 341, 356) unterzeichnet hatten, erinnert sich:

9 | Die sogenannten Betriebskampfgruppen der Arbeiterklasse waren als paramilitärische Einheiten infolge des Aufstandes vom 17. Juni 1953 errichtet worden. Ihre Mitglieder rekrutierten sich überwiegend aus den Reihen der SED.

»Es war 'ne Zeit, die eigentlich auch voller Angst steckte bei den Leuten. Auch bei mir, das war ganz normal. Alle hatten se Angst vor der Partei, der Kampfgruppe und was es da alles so gab. Und keiner wollte so richtig was machen. Ich persönlich war damals Witwer [...]. Ich hatte drei große Kinder, die waren, Gott sei Dank, aus dem Haus. Und ich habe mir immer gesagt, wenn die anderen etwas zu verlieren haben – ich nicht! Ja, und deswegen war ich gleich von Anfang an einer von denen, die gesagt haben: Jetzt müssen wir irgendwas machen.« (Ebd.: 33)

Abgesehen davon, dass kollektive widerständige Aktionen in DDR-Betrieben schon seit Jahrzehnten unterdrückt wurden und dass es dort 1989 – anders als in der DDR-Opposition – überhaupt keine Strukturen oppositioneller Organisation gab, auf die nun hätte zurückgegriffen werden können, war das Risiko im Oktober/November 1989 in den Betrieben besonders hoch (Hürtgen 2005: 255–270). Im Gegensatz zu den Straßendemonstranten war der einzelne Beschäftigte hier nach einem Aufruf oder einer öffentlichen Rede sofort namentlich bekannt. Im Betrieb war er nicht durch die Anonymität einer Massendemo geschützt.

Hatten sich aber außerhalb des Betriebes mit den Bürgerbewegungen bereits alternative Strukturen gebildet, so boten sie nicht nur Schutz für alle Beteiligten, sondern waren auch ein Garant dafür, dass etwas durchgesetzt werden konnte. Wie der schon zitierte Ewald S. hatte auch Gerd S. zusammen mit anderen Beschäftigten aus dem Rationalisierungsbau in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) sehr früh einen Belegschaftsrat gegründet. Zu ihrer Legitimierung hatten dessen Mitglieder zunächst Unterschriften fast des gesamten Betriebsteils »Wälzlager und Normteile« gesammelt und sich wenige Tage später zur Wahl gestellt. Eine ihrer ersten Aktivitäten bestand darin, die Abschaffung der hauptamtlichen Parteiarbeit sowie die Auflösung der Kampfgruppen zu fordern (Gehrke/Hürtgen 2001: 44).

Auf einem Treffen betrieblicher Aktivisten schilderte Gerd S. 1999, wie sich das konkret abgespielt hat:

»Also, der Parteinik hat in seinem Büro gesessen und hat sich hinter dem ND¹⁰ versteckt. Und wir haben gesagt: Bis dann und dann muss der weg! Und dann haben unsere Kollegen wirklich den Hebel ausgeschaltet. Dann standen alle Maschinen still und wir sind als Belegschaftsrat mit der Belegschaft zusammen drei Runden um die große Werkhalle gelaufen, bis wir gesehen haben, dass er mit seinem Aktenkoffer das Betriebsgelände verlassen hat.« (Gehrke/Hürtgen 2001: 44)

10 | ND: *Neues Deutschland* (publizistisches Zentralorgan der SED).

Das Beispiel des »Rausschmisses« des Parteisekretärs aus dem Werk in Karl-Marx-Stadt klingt unglaublich, hat sich aber im Herbst 1989 so oder ähnlich nicht nur in den Betrieben abgespielt. Im ganzen Land erlebten protestierende Bürgerinnen und Bürger, dass sie die Macht hatten, etwas durchzusetzen. Oft reagierten die Funktionäre und staatlichen Leiter ganz unmittelbar, so wie in Halberstadt, wo der Kreisvorsitzende der SED und der Bürgermeister am Tag nach einer Massendemonstration zurücktraten (Hürtgen 2015: 32–49). Das Gleiche geschah mit einiger zeitlicher Verzögerung in zahlreichen Betrieben der DDR. Durch Aufrufe, Protestschreiben und Unterschriftensammlungen, oft unter Ausnutzung der vorhandenen Gewerkschafts- oder Parteistrukturen oder durch Inbesitznahme der Wandzeitung der Betriebsparteiorganisation, schufen Belegschaften eine Gegenöffentlichkeit, ein eigenes Forum der Kommunikation. Oft waren es nur kleine Gruppen von drei oder vier Beschäftigten, die den ersten Anstoß dazu gaben.

Was in der zeithistorischen Forschung unter den Begriffen »Bürgerbewegung/Straßenproteste« und »betriebliche Wende« getrennt diskutiert wird, waren tatsächlich nur verschiedene sich gegenseitig vorantreibende Seiten desselben basisdemokratischen Aufbruchs. Die Massendemos mit ihren ersten Erfolgen und die Gründung verschiedener Bürgerrechtsgruppen waren die Voraussetzung für den betrieblichen Widerstand, der seinerseits das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Opposition voranzutreiben half.¹¹

Der Zusammenhang zwischen betrieblichem Aufbruch und Opposition respektive Bürgerbewegung zeigt sich nicht zuletzt daran, dass viele dieser frühen betrieblichen Akteure entweder bereits Mitglied einer der neu gegründeten Bürgerbewegungen waren oder im Zusammenhang mit ihren betrieblichen Aktivitäten sehr rasch den Kontakt zu diesen Gruppen suchten.¹² Gerd S. aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) war Gründungsmit-

11 | Zwischen August 1989 und April 1990 streikten Belegschaften in 206 Betrieben, zwölfmal besetzten sie Betriebe. Die Streikanlässe verschoben sich dabei von politischen hin zu ökonomischen. Vgl. die Beschreibung dieser Dynamik in Gehrke/Hürtgen 2012: 247–252.

12 | »Der Aufbruch in den Betrieben und die Betriebsaktivitäten der Bürgerrechtsgruppen, das hat sich bei uns ziemlich vermischt.« (Gehrke/Hürtgen 2001: 41)

glied und im Bezirkssprecherrat des Neuen Forums¹³. Frank G., der ebenfalls im Neuen Forum und wenige Wochen später im Jenaer Bürgerforum aktiv war, gründete in seinem eher kleinen Betrieb mit 1.200 Beschäftigten einen Runden Tisch. Jürgen S., ebenfalls aus Jena, trat in die neue Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) ein. In diesen neuen Gruppen gab es Gleichgesinnte, Kommunikation, Vernetzung und bald auch die dringend benötigten Kommunikationsmittel, um solche Strukturen auch in den Betrieben aufbauen zu können. Im Neuen Forum hatten sich »Arbeitnehmergruppen« gegründet, in der Vereinigten Linken¹⁴ eine Arbeitsgruppe »Betriebe und Gewerkschaften«.

3. Opposition und »betriebliche Wende«

Das Verhältnis der Bürgerbewegungen zum demokratischen Aufbruch in den Betrieben wie das zu ihren »Arbeitnehmergruppen« in den eigenen Reihen war allerdings problematisch. Ihrem Charakter nach handelte es sich bei der DDR-Opposition und damit auch bei den wichtigsten Köpfen des demokratischen Aufbruchs nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich ihrer politischen Aktions- und Kommunikationskultur um eine Opposition vom Typ der westlichen Neuen Sozialen Bewegungen (Gehrke/Hürtgen 2001: 242). Es gab zwar in allen Gruppen einen »Wirtschaftsflügel«, aber die Frage einer neuen, basisdemokratischen Interessenvertretung wurde zum Gegenstand eines eher kleinen Personenkreises. Zeitzeugen berichten, dass sie in den neuen Gruppen nicht nur wenig Unterstützung für ihr betriebliches Engagement fanden, sondern dass auch Ignoranz und Unverständnis gegenüber betrieblichen Themen

13 | Das Neue Forum wurde am 9./10.9.1989 gegründet. Es verstand sich als Plattform für den demokratischen Dialog, Ziel war die demokratische Erneuerung der DDR.

14 | Die Vereinigte Linke formierte sich im September/Oktober 1989; sie verstand sich als linke sozialistische Opposition. Sie trat für einen rätedemokratischen, selbstverwalteten Sozialismus mit einem realen gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln ein. Nach eigenen Schätzungen hatten sich bis Dezember 1989 etwa 2.000 Mitglieder angeschlossen. Bei den Volkskammerwahlen am 18.3.1990 erhielt das »Aktionsbündnis Vereinigte Linke« 0,18 Prozent der Stimmen.

herrschten. Statistiken haben ergeben, was jeder aufmerksame Beobachter längst bemerkt hatte: In den neuen Gruppen waren mehrheitlich Künstler, Akademiker, Pfarrer und Angestellte aktiv. Die klassischen Industriearbeiter waren minoritär vertreten.¹⁵ Sie fühlten sich und ihre Anliegen häufig nicht ernst genommen.

Die Gründe für ein derartig gestörtes Verhältnis sind vielfältig; eine historisch umfassende Darstellung steht noch aus. Neben der sozialen Zusammensetzung der Opposition respektive der Bürgerbewegungen von 1989 und einer deutlich unterschiedlichen Interessenlage im revolutionären Umbruch muss das Verhältnis von Intelligenz und Arbeitern in der DDR bedacht werden – quasi ein »Nichtverhältnis«, sodass, anders als etwa in Polen, kein solidarisches Miteinander entstehen konnte. Wie auch hätte sich eine Intelligenz, deren kritische Geister in den Westen abgeschoben wurden, mit einer Arbeiterschaft solidarisieren können, die längst individuelle Strategien einem kollektiven Klassenkampf vorgezogen hatte?¹⁶ Als der Dramatiker und Schriftsteller Heiner Müller am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz seinen Vortragstext kurz entschlossen zurückzog und stattdessen einen Aufruf der »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« verlas, war dies der Versuch, dem geschilderten Zustand eine Wendung zu geben. Müller stellte dem Aufruf die Worte voran: »Ein Ergebnis bisheriger DDR-Politik ist die Trennung der Künstler von der Bevölkerung durch Privilegien. Wir brauchen Solidarität statt Privilegien.« (Hürtgen 2001: 166)

Bernd Gehrke hat der Frage nach dem Verhältnis zwischen Bürgerbewegung und Betrieben in seiner Skizze der Streiks von 1989/90 einen weiteren Aspekt hinzugefügt. Demnach lasse sich die Tatsache, dass das Neue Forum dem Ansinnen, einen Generalstreik zu organisieren, eine Absage erteilte, obwohl es den Einfluss und die strukturellen Voraussetzungen dazu gehabt hätte, maßgeblich mit dem politischen Verständnis der DDR-Bürgerbewegungen erklären. Dieses sei auf den Dialog am Runden Tisch und nicht auf eine Übernahme der Macht orientiert gewesen (Gehrke 2001: 259 f.).

15 | Im Neuen Forum Berlin waren die Arbeiterinnen und Arbeiter mit 12,3 Prozent vertreten (Wilkens-Friedrich 1994:19).

16 | Zum Verhältnis betrieblicher Leiter und nichtleitender Angestellter vgl. Hürtgen 2009.

Dennoch und trotz alledem trugen die betrieblichen und die Bürgerbewegungen denselben Geist in sich; sie traten mit basisdemokratischem Impetus auf und formulierten ihre jeweiligen Forderungen gleichermaßen radikaldemokratisch und unnachgiebig, wenn es darum ging, die Parteienherrschaft zu stürzen.

4. Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG)

Die einzige Bürgerbewegungsgruppe, die sich exklusiv dem Thema Gewerkschaften zugewandt hatte, war die »Initiative für unabhängige Gewerkschaften«. Ihre zwölf Gründer/innen kannten sich aus Oppositionskreisen, hatten in den 1980er-Jahren in sogenannten Hauskreisen diskutiert oder waren sich im Oktober bei den ersten offenen Versammlungen im Künstlerverband begegnet. Weder die kleine Anzahl der Aktiven noch deren fast familiärer Zusammenhang unterschied die IUG von anderen Gruppen, die sich im Sommer und Frühherbst 1989 gegründet hatten. Stets waren es kleine Kreise, in denen man sich vertrauen konnte. In ihrer Mobilisierungsfähigkeit von etwa 2.000 Aktiven war sie ebenfalls den anderen Bürgerbewegungen gleichgestellt. Dennoch nimmt die IUG keinen ebenbürtigen Platz in der »Wendegeschichte« ein. Daran hatten nicht nur die Bürgerbewegungen, sondern auch die einige Monate später auftretenden Westgewerkschaften maßgeblichen Anteil, wie wir noch sehen werden.

Mit dem Aufruf, den Heiner Müller am 4. November auf dem Alexanderplatz verlas, hatte die IUG Inhalte und Ziele ihrer Arbeit formuliert (Hürtgen 2001: 165 f.). Sie forderte zur Gründung unabhängiger Basisgewerkschaftsgruppen in den Betrieben der DDR auf und begründete dies damit, dass vom FDGB, der sich 40 Jahre lang nicht gegen Staat und Unternehmer positioniert hat, keine wirkliche Interessenvertretung zu erwarten sei. Ganz im Ton vom Herbst 1989 heißt es weiter: »Wir dürfen uns nicht mehr organisieren lassen, auch nicht von ›neuen Männern‹ – wir müssen uns selbst organisieren.« (Gehrke/Hürtgen 2001: 487 f.)

Eine Woche später trafen sich die Initiatoren zum ersten Mal in einem ertrotzten Büro in der Conrad-Blenkle-Straße in Berlin-Prenzlauer Berg; von da an fanden zweimal wöchentlich Treffen mit 30 bis 40 Personen aus den verschiedensten Berliner Betrieben statt. Diese Treffen hatten zwei Funktionen: Zum einen war der Informationsbedarf groß;

man wollte erfahren, was in den Betrieben los war, wie sich die Betriebsleitung verhielt, ob die SED noch agierte, was die BGL machte und ob sich schon eine Belegschaftsgruppe gegründet hatte. Zu dieser Zeit gab es nämlich noch kein parteien- und staatsunabhängiges Medium, das diesen Bedarf hätte decken können. Zum anderen wurde spätestens ab Dezember 1989 heftig über eine neue basisdemokratische Gewerkschaft debattiert. Für die Teilnehmenden einer IUG-Veranstaltung am 12. Dezember 1989 wurde die Gründung einer von FDGB und Partei unabhängigen Basisgewerkschaft immer dringlicher, und sie beschlossen, Sinn, Zweck und Struktur einer solchen neuen Interessenvertretung zu formulieren.¹⁷ An diesem Tag wurde ebenfalls vereinbart, eine republikweite Vernetzung anzustreben, um im Januar 1990 die Entscheidung fällen zu können, ob die Größe der Bewegung ausreiche, eine neue »Gewerkschaft von unten« zu gründen.

Bereits im Aufruf der IUG vom 4. November, der im Oktober 1989 verfasst worden war, heißt es, dass den Betriebsleitungen mit ihrem zu erwartenden Verhalten eine starke Interessenvertretung entgegengesetzt werden müsse. Gemeint waren nicht westdeutsche Betriebsleitungen, sondern die Kombinatdirektoren der DDR, die tatsächlich kurze Zeit später Entlassungen vorbereiteten und in erste Verhandlungen mit westlichen Partnern eintraten. In einem Aufruf zur »Schaffung eines provisorischen Betriebsrates als Kontrollorgan der Werktätigen« im VEB Bergmann-Borsig heißt es unter anderem:

»Am 17. und 18. Januar 1990 finden Verhandlungen mit westlichen Partnern über ein Joint Venture, Kapitalbeteiligung oder andere Formen der Kooperation statt. Generaldirektor D. und sein Stellvertreter A. schweigen sich bisher hartnäckig über ihre Pläne und Absichten aus. Wir müssen sofort handeln!« (Gehrke/Hürtgen 2001: 420)

Die Sorge, dass die unter der am 18. November 1989 gebildeten Modrow-Regierung gestärkten Kombinatdirektoren eine arbeitnehmerfeindliche Politik betreiben würden, findet sich in zahlreichen Aufrufen zur Gründung unabhängiger Interessenvertretungen.

17 | Eine Arbeitsgruppe erarbeitete einen Satzungsentwurf für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung (in: Ansong/Hürtgen 1992: 79–83, 15. Dokument).

5. »Gründungsieber« in den DDR-Betrieben

Das geschilderte Vakuum, das der FDGB in den Betrieben hinterließ, die fehlenden Kommunikationsstrukturen, die Haltung, dass sich jetzt die Basis selbst organisieren müsse, und die heraufziehende Gefahr einer marktwirtschaftlich agierenden Betriebs- und Staatsführung waren die Motive dafür, dass im Herbst 1989 nicht nur im Umfeld der IUG zahlreiche unabhängige Interessenvertretungen in den Betrieben entstanden. Bereits am 27. Oktober 1989 informierte der Leiter der »Abteilung Organisation beim Bundesvorstand des FDGB« den FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch über »Versuche zur Bildung ›unabhängiger und freier‹ Gewerkschaften im Bezirk Erfurt« (Gehrke/Hürtgen 2001: 351 f.). Zu diesem frühen Zeitpunkt konnte der Abteilungsleiter seinen Vorsitzenden noch damit beruhigen, dass dies dank des Eingriffs von BGL, Partei und staatlichem Leiter verhindert worden war.

Oft ohne dass man voneinander wusste und fast im selben Wortlaut wurden Gründungsaufrufe in zahlreichen Betrieben formuliert.

»In der Gewissheit, dass der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht die Interessen der Mehrheit der Werktätigen in der DDR wahrnimmt, nicht ihr Vertrauen genießt und sich stattdessen als Bündnispartner der SED begreift, haben wir, die Mitarbeiter im VEB Geräte- und Reglerwerk ›Wilhelm Pieck‹ Teltow, beschlossen, aus dem FDGB auszutreten und die Unabhängige Betriebsgewerkschaft ›Reform‹ zu gründen.« (Gehrke/Hürtgen 2001: 342)

Weitgehend unabhängig von den Vorgängen in Berlin riefen Initiatoren aus verschiedenen Bürgerbewegungsgruppen als Ergebnis einer Konferenz für unabhängige Gewerkschaften in Jena am 13. Januar 1990 zur Bildung basisdemokratischer Interessenvertretungen auf (Schnerr 2015: 27).

Die Gründerinnen und Gründer solcher Belegschaftsvertretungen nannten sich »unabhängiger« oder »provisorischer Betriebsrat«, »Interessenvertretung der nichtgewerkschaftlich organisierten Kollegen«, »Basisforum«, »Betriebsgruppe« oder »unabhängige Gewerkschaftsgruppe«. Im Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau in Berlin wurde beispielsweise ein »Institutsrat« gegründet, im VEB Hochvakuum Dresden ein »Betrieblicher Rat«, im Werk für Fernseh elektronik Berlin ein »Gesellschaftlicher Aufsichtsrat« und in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) ein »Rat der Werktäti-

gen«. ¹⁸ Sie alle verband das Ziel, eine vom FDGB unabhängige Vertretung der Belegschaft zu installieren, die ihre Interessen gegenüber der Betriebsleitung tatsächlich durchzusetzen willens war. Die Vorstellungen, wofür eine Interessenvertretung zuständig sei und welche Kompetenzen sie habe, waren sehr weitreichend. Sie trugen den Charakter des demokratischen Aufbruchs, wenn sie vollständige Offenlegung aller Betriebsdaten, Transparenz, Absetzung der Betriebsleitung und Mitsprache bei allen wichtigen betrieblichen Entscheidungen forderten. Ebenso revolutionär waren die Vorstellungen, die Struktur und Arbeitsweise einer neuen basisdemokratischen Gewerkschaft betrafen: flache Hierarchien, wenige bis gar keine hauptamtlichen Funktionsträger und selbstverständlich der Austausch aller alten Gewerkschaftsfunktionäre durch demokratisch neugewählte Vertreter. ¹⁹

Für den Typ von betrieblichem Aktivist, der aus der Bürgerbewegung kam, galt in der Regel, dass er die Nase voll von Gewerkschaften hatte und etwas Eigenständiges machen wollte (Gehrke/Hürtgen 2001: 53).

Der demokratische Aufbruch in den DDR-Betrieben wurde jedoch noch von einer anderen Akteursgruppe maßgeblich vorangetrieben, nämlich von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Diese spielten bei der Zerschlagung der Machtstrukturen und beim Kampf um eine neue Interessenvertretung eine wichtige Rolle. ²⁰ Vor allem bei den frühen Aktionen gab es personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen den Vertrauensleuten und den Bürgerbewegten, die häufig den Anstoß gaben, die Gewerkschaftsgruppe oder die Vertrauensleutenvollversammlung (VVV) einzuberufen. So wurde die vorhandene Struktur der Gewerkschaft im Betrieb quasi umfunktioniert und für den Sturz der alten Machtverhältnisse

18 | Nachweise in der genannten Reihenfolge in Gehrke/Hürtgen 2001: 367, 358, 384, 389, 397.

19 | Diese basisdemokratischen Initiativen vom Herbst 1989 einschließlich der IUG wurden später als »sozialistische Experimente« kritisiert und damit als utopisch-unrealistisch abgetan (vgl. Scharrer 2011: 47–50). Dies entsprach und entspricht nicht dem Verständnis der damaligen Akteurinnen und Akteure.

20 | Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen, dass der Vertrauensmann nach 40 Jahren »Funktionslosigkeit« in der DDR im Herbst 1989 eine derartige Aufwertung erhielt, findet sich im letzten Kapitel meines Buches zu den Vertrauensleuten des FDGB in DDR-Betrieben (Hürtgen 2005).

genutzt. Die Gewerkschaftsgruppe »Künstlerisches Personal« und Vertrauensleute des Deutschen Theaters waren auch die Initiatoren der großen Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz; andere Gewerkschaftsgruppen oder Vertrauensleute verfassten Protestschreiben und initiierten Belegschaftsversammlungen.

Vierorts waren die VVV jenes Forum, auf dem sich die betrieblichen Auseinandersetzungen zwischen den Initiativgruppen für neue demokratische Interessenvertretungen und den demokratisch »gewendeten« BGL abspielten, so z. B. im Schwermaschinenbau »Ernst Thälmann« Magdeburg, im Eisenhüttenkombinat Eisenhüttenstadt oder in den meisten Betrieben der Chemieindustrie (Gehrke/Hürtgen 2012: 259). Für die ostdeutsche Energiewirtschaft hat Jörg Roesler beschrieben, wie Vertrauensleute, einzelne Gewerkschaftsgruppen, Brigaden und neu gegründete Vertretungsinitiativen gemeinsam den Machtverlust der Zentralen Betriebsgewerkschaftsleitung (ZBGL) erreichten. Die ZBGL reagierte mit der Aufforderung an die verschiedensten Initiativen, an einem gewerkschaftlichen Reformprozess mitzuwirken. Der Druck der Basis nach Auflösung der Strukturen und Rücktritt der Funktionäre wurde jedoch stärker, BGL und ZBGL gerieten in einen paralyisierten Zustand (Roesler/Semmelmann 2005: 119–130).

Im Nachhinein lassen sich die Konfliktlinien zwischen diesen verschiedenen betrieblichen Basisbewegungen benennen. Hatten sie zunächst gemeinsam Druck auf die alten BGL ausgeübt, deren Absetzung gefordert und die Vertrauensfrage gestellt, gingen ihre Wege in der Frage nach einer neuen Belegschaftsvertretung auseinander. In Betrieben, in denen die unterschiedlichsten Formen nebeneinander bestanden, wie im Kabelwerk Oberspree (KWO), im Werk für Fernsehelektronik Berlin oder in einigen Kombinatbetrieben der Energiewirtschaft, wurden die Gegensätze nun besonders deutlich. Vertrauensleute präferierten – in einigen Fällen zusammen mit reformwilligen alten BGLern – die demokratische Neuwahl. Anderen Gruppen erschien dies nicht als hinreichende Alternative zum alten Zustand, insbesondere dann, wenn wieder alte Funktionäre zum Zuge kamen. Die Erneuerungsversuche des schon erwähnten BGL-Vorsitzenden und FDGB-Reformers Peter Pischner wurden in seinem Betrieb, dem KWO, von Vertretern einer im selben Betrieb bestehenden unabhängigen Gewerkschaftsgruppe kritisiert: »Bevor die noch schweigende Mehrheit der FDGB-Mitglieder erwacht, versucht man, an ihnen vorbei eine neue zentralistische ›Apparatemacht‹ zu installieren. [...] Wir fordern die Kollegen

Pischner und Richter auf, ihre hauptamtlichen Funktionen niederzulegen und in die Reihe der Gewerkschaftsbasis zurückzutreten.« (IUG-Gruppe im KWO 1990) Andere prangerten die wieder entstehenden Hierarchien mit einem riesigen hauptamtlichen Apparat an (Roesler/Semmelmann 2005: 119). Die Befürchtung, dass sich im Zuge von Neuwahlen die alten Zustände wieder herstellen würden, war nicht nur in den genannten Betrieben groß.

6. Das Jahr 1990: Gewerkschaftseinheit und Betriebsratswahlen

Im Februar 1990, als sich die geschilderten Auseinandersetzungen abspielten, waren entscheidende Weichen bereits gestellt. Eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung hatte sich nicht etablieren können. Als sich die IUG Anfang Februar zu ihrer ersten DDR-weiten Konferenz in Berlin traf, kam es zwar nach einer heftigen Debatte zur Wahl eines Gründungsausschusses für Unabhängige Gewerkschaften, doch viele Anwesende beschlich das bedrückende Gefühl, hier beginne das Ende einer kaum erwachten Bewegung (Ansorg/Hürtgen 1992: 160–192). Tatsächlich lösten sich die bestehenden Arbeitszusammenhänge bald auf. Zwei Tage zuvor hatte der FDGB auf einem außerordentlichen Kongress die Weichen für eine Auflösung gestellt. Die Chancen für eine Reform der alten wie für eine neue unabhängige Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden der DDR waren vertan, und zwar noch bevor mit den Wahlen am 18. März 1990 die mehrheitliche Entscheidung für den Anschluss an den Westen getroffen war.

Der Westen hatte jedoch längst seine Finger im Spiel, und das nicht nur im gewerkschaftlichen Bereich. DGB-Einzelgewerkschaften eröffneten im Januar Informations- und Beratungsbüros und schlossen Kooperationsverträge mit der jeweiligen »Partnergewerkschaft« in der DDR. Nach dem gescheiterten FDGB-Kongress ließ der DGB seine bisherigen Bedenken fallen und bereitete wie die Einzelgewerkschaften die »Übernahme« der Ostgewerkschaften bzw. ihrer Mitglieder vor (Fichter/Lutz 1991). Sieht man von der sehr unterschiedlichen Art ab, wie die Vereinigung der jeweiligen Gewerkschaften im Einzelnen verlaufen ist, lässt sich resümieren: Den Aufbau des Gewerkschaftsapparates nach westlichem Vorbild mit Kreisverbänden, Geschäftsstellen, Ortskartellen, Rechtsberatung und Berufsgruppenglie-

derung übernahmen aus dem Westen entsandte Sekretäre, die im Osten auf einen lediglich an der Spitze »gereinigten« Funktionärsapparat trafen (Hürtgen 1996: 57–68). An diesem Prozess hatte die Mitgliederbasis in der DDR keinen Anteil, er entsprach nicht einmal den demokratischen Gepflogenheiten der Westgewerkschaften, was, soweit ich sehe, im Eifer des Gefechts nie problematisiert wurde.

Auch in den Betrieben der DDR lassen sich die Auseinandersetzungen um eine neue Interessenvertretung nun nicht mehr ohne den Einfluss der Westgewerkschaften beschreiben. Hier allerdings trafen die West-Funktionäre, anders als in den Gewerkschaftsapparaten, auf unterschiedlichste Initiativen und basisdemokratisch gewählte Gremien einer neuen betrieblichen Interessenvertretung, an die sich anknüpfen ließ. Die Aufgabe, vor der sie standen, bestand lediglich darin, diese in eine ordentliche Betriebsratswahl zu überführen und das westdeutsche Modell der betrieblichen Interessenvertretung in den neuen Bundesländern zu etablieren. Das gelang außerordentlich gut, bis zum Ende des Jahres 1990 waren in den meisten Großbetrieben der ehemaligen DDR ordnungsgemäße Wahlen durchgeführt worden (Hürtgen 1997).

Dass dies so reibungslos über die Bühne ging, hing nicht zuletzt damit zusammen, dass der demokratische Umbruch in den DDR-Betrieben von Anfang an von solchen Initiativen dominiert war, die eine betriebliche Interessenvertretung anstrebten. Jene Beschäftigten, die zu einer überbetrieblichen Gewerkschaftsgründung aufriefen, waren in der Minderzahl.²¹ Der betriebliche Aufbruch in der DDR war auf das »Kampffeld« Betrieb orientiert, was wohl mit dem Charakter der Demokratiebewegung vom Herbst 1989 insgesamt zusammenhängt. Die Westgewerkschaften brauchten also wenig Überzeugungskraft, um eine Betriebsratswahl zum wichtigsten Garant einer starken gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu erklären. Eine kurzzeitig aufkommende Diskussion unter den betrieblichen Wendakteuren, ob die Übernahme des westdeutschen Betriebsratsmodells tatsächlich angeraten sei, da dieses Gremium dem Betriebsfrieden verpflichtet

21 | Neben den Gründungen im Umfeld der IUG gab es z.B. bei der Post, bei Kraftfahrern, im Geräte- und Reglerwerk Teltow und im Handel Gründungen, die sich als Initiatoren einer neuen basisbewegten Gewerkschaft verstanden. Die Freie Arbeiterunion (FAU), die heute in einigen kleineren Betrieben sehr aktiv ist, gehörte ebenfalls dazu.

ist und daher kein geeignetes Interessenvertretungsgremien darstellen könne, ging im Zuge der Ereignisse rasch unter.²² Noch vor den ersten ordentlichen Wahlen hatten sich die meisten neuen Vertretungen auf ihre Rolle als Betriebsrat eingestellt.

7. Resümee und Ausblick

Wie in jeder Revolution setzte sich auch bei der Etablierung einer neuen Interessenvertretung am Ende nur eine der vielen historischen Möglichkeiten vom Herbst 1989 durch. Auf der Ostseite waren jene Vertreterinnen und Vertreter, die eine basisdemokratische Gewerkschaft anstrebten, von Anfang an in der Minderheit. Im Westen waren die Kräfte, die diese einmalige Situation für eine Erneuerung von DGB und Einzelgewerkschaften nutzen wollten, viel zu schwach. Aber nicht nur die Gewerkschaftseinheit, der ganze deutsche Einheitsprozess war kein gemeinsamer Neuanfang – die Gunst der Stunde wurde weder für eine neue Hymne noch für eine neue Verfassung genutzt. Wie lässt sich nun das Ergebnis von »Einheit und Transformation« der Gewerkschaften aus Sicht der Basisaktivisten vom Herbst 1989 resümieren?

Viele Akteure der ersten Stunde gerieten – ein bekannter Vorgang in der Geschichte von Revolutionen – ins Hintertreffen und wurden von anderen abgelöst; einige von ihnen stellten sich rasch auf die neuen Herausforderungen ein. 1990 fand ein solcher Akteurswechsel in vielen Betrieben und Gewerkschaften statt. Bisher nicht in Erscheinung getretene Funktionäre und Beschäftigte beteiligten sich nun aktiv an der Gewerkschaftseinheit und den Betriebsratswahlen, die mithilfe der DGB-Gewerkschaften nach westlichem Vorbild abliefen; nur noch ein kleiner Teil der Oppositionellen und Bürgerbewegten vom Anfang gehörte dazu (Hürtgen 1997).

Die IUG stellte ihre Arbeit ein und initiierte einen Diskussionszusammenhang, der sich »Initiative kritische Gewerkschaftsarbeit« nannte. Hier

22 | Vor allem Akteure, die der neuen SPD beigetreten waren, die Gruppen der IUG sowie einige kritische Westgewerkschafter warnten vor der Übernahme der Interessenstrukturen. Auch neugewählte Gewerkschaftsfunktionäre lehnten es zunächst ab, die Betriebsräte ins Zentrum der gewerkschaftlichen Erneuerung zu stellen (Hertle 1990b: 14; Hertle 1990a).

trafen sich seit Juni 1990 ostdeutsche Bürgerbewegte mit Kolleginnen und Kollegen aus Westberliner Betrieben, um sich angesichts der stattfindenden Gewerkschaftseinheit mit den neuen Bedingungen auseinanderzusetzen. Es gab Kontakte zu Kolleginnen des gerade beendeten Kitastreiks und zu Mitgliedern der IG Metall aus Berlin und Bochum. Man diskutierte kritisch Satzung und Praxis von IG Metall, ÖTV und IG Chemie und verfasste einen Aufruf, der folgende Forderungen enthielt: »Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und der Ausschlusspraxis«, »Streichung von Satzungs-punkten, die Machtkompetenzen in oberen Leitungsebenen konzentrieren« und »Tarifliche und gesetzliche Absicherung der Vertrauensleute« (Ansorg/Hürtgen 1992: 140–159).

Zeitgleich wurde in den Westgewerkschaften lebhaft diskutiert, wie ein gesamtdeutsches Mitbestimmungsmodell aussehen könnte, »in dem die bei uns gemachten Fehler und die bei uns vorhandenen Defizite vermieden werden« (Däubler/Klebe 1990). Zu den Verbesserungsvorschlägen gehörte auch hier die Forderung nach rechtlicher Absicherung der Vertrauensleutearbeit. Es schien Konsens zu sein, dass die anstehenden Aufgaben nicht ohne eine Stärkung der ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Basis bewältigt werden können (ebd.).

Im Dezember 1990 gründeten ehemalige IUG-Mitglieder und Vertreter der Betriebsgruppe der Vereinigten Linken mit Teilen der Alternativen Liste Westberlin, Bereich Arbeit, das »Bündnis Kritischer Gewerkschafter/innen Ost/West« (BKG). Teilnehmer/innen aus den verschiedensten politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Zusammenhängen trafen sich einige Jahre lang im alten »Haus der Demokratie« in der Friedrichstraße.²³ Am Anfang ging es vor allem um die Vorgänge in den Ostbetrieben, um die Stilllegungen und Treuhandverkäufe, die in den neuen Bundesländern zu einer beispiellos rasanten Deindustrialisierung führen sollten.

Nur wenige Monate später begannen Massentlassungen und Sozialabbau auch im Westen, und die Gewerkschaften gerieten in den Spagat zwischen Konkurrenz und Solidarität. Das BKG begleitete diese Entwicklung kritisch, vermittelte Begegnungen zwischen Ost und West, nahm an Belegschaftskämpfen teil und organisierte auf diese Weise eine notwendige

23 | In das Gebäude der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte in der Friedrichstraße 165 zogen im Januar 1990 die DDR-Bürgerbewegungen ein. 1999 zogen sie in das neue Haus in die Greifswalder Straße 4 um.

»Gegenöffentlichkeit«, auch gegenüber den zum Teil überfordert und hilflos wirkenden Gewerkschaften.

Im Sommer 1990 erfasste die neuen Bundesländer eine regelrechte Protest- und Streikwelle, die bis 1993 anhielt.²⁴ Belegschaften ganzer Industriebetriebe, Kraftfahrer, Ärzte, Lehrer, Schüler, Strafgefangene, Bauern, Studenten, Müllfahrer, Kulturschaffende und Angestellte im Öffentlichen Dienst demonstrierten, streikten, gingen in den Warnstreik oder Hungerstreik.²⁵ Es ging stets darum, die zu erwartenden negativen Folgen der deutschen Einheit, Sozialabbau, Massenentlassungen, Nichtanerkennung von Qualifikationen oder eine existenzbedrohende Agrarpolitik abzuwenden. Im Dezember 1990 wurde der Betrieb Simson Suhl besetzt, um den Konkurs zu verhindern. Im April 1992 begannen Beschäftigte bei Belfa, einer Tochterfirma der Berliner Akkumulatoren Elemente, einen mehrstufigen Hungerstreik gegen die Stilllegung ihres Werkes. Im selben Jahr besetzten Beschäftigte des Kaliwerkes »Thomas Müntzer« Bischofferode ihren Betrieb und versuchten, dessen Schließung mittels Hungerstreik und Protestmärschen zu verhindern (Garms 2009). 1990/91 erlebten Eisenbahner, Postler, Bergleute, Metaller und Beschäftigte in der Papier- und Textilindustrie der neuen Bundesländer im Rahmen von gewerkschaftlichen Tarifkämpfen ihre wahrscheinlich ersten Streiks. Gekämpft wurde um die Angleichung – oder besser Annäherung – der Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Mitbestimmungsstandards an den Westen.

Zweifellos standen alle Beteiligten in einer historisch einmaligen Situation, die Gewerkschaften wie Belegschaften dazu zwang, ihr bisheriges Politikverständnis zu überprüfen. Mit der Treuhandanstalt, die dem bundesdeutschen Finanzministerium unterstellt war, bekam jede Gegenwehr von abhängig Beschäftigten, die sich gegen deren Entscheidung richtete, eine politische Dimension. Adressat des Zorns der Ostdeutschen, deren Betriebe stillgelegt oder verkauft werden sollten, wurde auf diese Weise auch die Bundesregierung. Ostdeutsche Belegschaften demonstrierten vor der

24 | Vgl. Dathe o.J. In diesen Jahren verging fast keine Woche, in der es in Ostdeutschland nicht zu Protesten kam.

25 | Die Tarifverhandlungen der Deutschen Postgewerkschaft, der Textilindustrie, der IG Metall und der ÖTV im Osten, die nicht immer zur Zufriedenheit der Ostbeschäftigten ausgingen, waren ebenfalls von massiven Warnstreiks und Streiks begleitet.

Treuhandanstalt und dem Finanzministerium, es gab Märsche nach Bonn, und 1991 wurden in einigen Städten die Montagsdemos wiederbelebt. Gewerkschaftsvorstände warnten vor einem Flächenbrand im Osten, lehnten aber die Montagsdemos als geeignetes Mittel des Protestes ab, hatte doch diese Politisierung wenig mit einem gewerkschaftlich organisierten Tarif- und Arbeitskampf gemein.²⁶

Das Dilemma war, dass die Treuhand über die Zukunft eines jeden Betriebes separat entschied und die Betriebsräte und Vertrauensleute ihre Aktionen deshalb jeweils nur für den eigenen Betrieb organisieren konnten. Betriebsübergreifende Solidarität wurde von den Gewerkschaften in Tarifkämpfen organisiert, aber nicht gegen die Politik der Bundesregierung via Treuhand. Hier blieben die ostdeutschen Belegschaften weitgehend allein und auf sich gestellt; es gab keine gesellschaftliche Kraft, die einen betriebs- und branchenübergreifenden Zusammenschluss organisierte.

1992 kam es zu einer in der jüngsten deutschen Geschichte von Arbeitskämpfen bisher einmaligen Situation: In Berlin, Rostock und im sogenannten Chemiedreieck Halle (Saale), Merseburg und Bitterfeld bildeten Betriebsräte und Vertrauensleute verschiedener Betriebe Arbeitskreise, die sich zu einer ostdeutschen »Betriebs-, Personalrats- und Vertrauensleuteinitiative« zusammenschlossen. Sie protestierten, demonstrierten, hielten Konferenzen ab und vernetzten ihre Aktionen im Kampf gegen die Abwicklung ihrer Betriebe. Auf diese Weise versuchten sie, das Defizit, das einerseits durch ihre auf den eigenen Betrieb beschränkte Rolle, andererseits durch fehlende betriebs- und branchenübergreifende gewerkschaftliche Gegenwehr entstanden war, auszugleichen (Plener 2011; Gehrke 1997). Anhand solcher Prozesse wird deutlich, dass die historisch einmalige Situation der Abwicklung einer ganzen Volkswirtschaft neue Arbeitskämpfungsmethoden und andere Strukturen von Interessenvertretung erforderlich gemacht hätte.

Die Abwehrkämpfe von ostdeutschen Belegschaften der beginnenden 1990er-Jahre sind jedoch ebenso wie der geschilderte betriebliche Aufbruch von 1989 aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden. Über 25 Jahre später steht nun die historische Aufarbeitung dieser Basisbewegungen an, die genau wie die gewerkschaftliche Bewegung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gehören.

26 | *Neue Zeit* vom 4.4.1991, S. 1; *Berliner Zeitung* vom 16.4.1991, S. 4; *Berliner Zeitung* vom 11.4.1991, S. 4.

Literatur und Quellen

- Ansorg, Leonore/Hürtgen, Renate (1992): »Aber jetzt gibt es initiative Leute und die müsste man eigentlich alle an einen Tisch bringen«. Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften (IUG) 1989 bis 1990. Darstellung und Dokument, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 73, FU Berlin 1992
- Dathe, Dietmar (o. J.): Auswertung der *Berliner Zeitung*, des *Neuen Deutschland* und der *Neuen Zeit*, 1990, 1991, 1992, 1993, Rechercheergebnis (unveröffentlicht)
- Däubler, Wolfgang/Klebe, Thomas (1990): Wie viel Mitbestimmung wird in Zukunft in der DDR bestehen? In: *Frankfurter Rundschau*, 26. April 1990, S. 24
- Fichter, Michael/Lutz, Stefan (1991): Gewerkschaftsaufbau in den neuen Bundesländern. Eine Chronik der Ereignisse 1989–1991, Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 64, FU Berlin 1991
- Garms, Hinrich (2009): »Mitgefangen – Mitgehangen«? Ostdeutsche Betriebsräte und Co-Management. Theoretische Einordnung, Konzeption und Auswertung einer Untersuchung in der Metallindustrie in Berlin, Brandenburg und Sachsen, Berlin 2009
- Gehrke, Bernd (1997): Arbeitskämpfe und eigenständige Interessenvertretungen in Ostdeutschland seit 1989. Über die Spaltung der Ostdeutschen Betriebsräteinitiative, in: *Sklaven*, Heft 32/33, Berlin 1997, S. 4–11.
- Gehrke, Bernd (2001): Die »Wende«-Streiks. Eine erste Skizze, in: Gehrke/Hürtgen 2001, S. 247–270.
- Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (2001): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., 2001
- Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (2012): Die demokratische Revolution in der DDR und die Rolle der Betriebsbelegschaften, in: Anne Seeck (Hg.): *Das Begehren, anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR*, Münster 2012, S. 234–267
- Hertle, Hans-Hermann (1990a): »Die Gewerkschaft hat in der Verharrung gelegen«. Interview mit Werner Peplowski über den Wandlungsprozess

- des FDGB, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 26, FU Berlin 1990
- Hertle, Hans-Hermann (1990b): »Wir müssen jetzt von der Basis aus handeln!«. Interview mit Peter Pischner, Vorsitzender des Betriebsgewerkschaftsrates der IG Metall im VEB Kabelwerk Oberspree »Wilhelm Pieck« (KWO), Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 46, FU Berlin 1990
- Hertle, Hans-Hermann (1990c): Transmissionsriemen ohne Mission. Der FDGB im Umwälzungsprozess der DDR. Chronologie und Dokumentation (Oktober 1989 bis Anfang Februar 1990), unter Mitarbeit von Thomas Dornieden, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 21, FU Berlin 1990
- Hürtgen, Renate (1996): Der Aufbau von Gewerkschaften im Stadtraum Frankfurt (Oder), in: Umbruch, Heft 9, Beiträge zur sozialen Transformation, hg. vom SFZ Berlin-Brandenburg, S. 57–68
- Hürtgen, Renate (1997): FrauenWende – WendeFrauen. Frauen in den ersten betrieblichen Interessenvertretungen der neuen Bundesländer, Münster 1997
- Hürtgen, Renate (2001) Wie Heiner Müller am 4. November 1989 zu seiner Rede auf dem Alexanderplatz kam, in: Gehrke/Hürtgen 2001, S. 165 f.
- Hürtgen, Renate (2005): Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln/Weimar/Wien 2005
- Hürtgen, Renate (2009): Angestellt im VEB. Loyalitäten, Machtressourcen und soziale Lagen der Industrieangestellten in der DDR, Münster 2009
- Hürtgen, Renate (2014): Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, Göttingen 2014
- Hürtgen, Renate (2015): Das Wunder von Halberstadt. Die demokratische Revolution in der Provinz, in: Herbst 1989 in der DDR-Provinz. Fallbeispiele: Pritzwalk, Halberstadt und Gotha, hefte zur ddr-geschichte, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015, S. 32–49
- IUG-Gruppe im KWO (1990): *Das Kabel* 6/90 vom 8.2.1990, Dokument 15, in: Hertle 1990b: XXIII
- Lindner, Bernd (2011): Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011
- Müller, Heiner (1989): Plädoyer für den Widerspruch, in: Gehrke/Hürtgen 2001, S. 167–169.

- Plener, Ulla (Hg., 2011): Die Treuhand, der Widerstand in Betrieben der DDR, die Gewerkschaften (1990–1994), Berlin 2011
- Roesler, Jörg/Semmelmann, Dagmar (2005): Vom Kombinat zur Aktiengesellschaft. Ostdeutsche Energiewirtschaft im Umbruch in den 1980er und 1990er Jahren, Bonn 2005
- Scharrer, Manfred (2011): Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin/New York 2011
- Schnerr, Jürgen (2015): Wendeerinnerungen (unveröffentlicht).
- Wilkens-Friedrich, Wilfried (1994): Die Beziehung zwischen Neuem Forum und Gewerkschaften. Am Beispiel Berlin. Eine Fallstudie zum Spannungsverhältnis von neuen zu alten sozialen Bewegungen, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 87, FU Berlin 1994

